

Datum: 22. Mai 2012
 Medium: Kleine Zeitung
 Thema: Millionen-Poker um Pflege

STEIRISCHE PFLEGE – TARIFE, BETTEN, PLÄNE UND SORGENKINDER

70,64

Euro macht der Pflegezuschlag pro Tag maximal aus. Seit 2010 ist dieser Tarif unverändert. Die Heimbetreiber fordern jetzt vehement eine Anpassung.

12.756

genehmigte Pflegebetten gibt es in der Steiermark. Belegt sind knapp 10.500. In Niederösterreich sind trotz höherer Einwohnerzahlen nur rund 8500 Betten registriert.

5000

zusätzliche Betten sind derzeit in der Steiermark beantragt. Der Bedarf bewegt sich laut Berechnungen des Pfleressorts bis ins Jahr 2020 aber bloß bei 1731 Betten.

7,6 Mio.

Euro hoch sind die anerkannten Forderungen im Insolvenzfall „Gemeinsam statt einsam“ (370 Betten) aus. Im Juni entscheidet sich die Rettung der Heime.



Millionen-Poker um Pflege

Pflegeheimbetreiber drängen auf höhere Beiträge: Heute beraten Land, Städte und Gemeinden. Und: Im Insolvenzfall „Gemeinsam“-Heime tickt die Uhr.

THOMAS ROSSACHER

Die steirische Pflegelandschaft ist im Umbruch: Heute beraten hochrangige Vertreter von Land, Städten und Gemeinden, wann und inwieweit die Beiträge angehoben werden. Zwischen den Vorstellungen der Betreiber der 215 steirischen Heime und jenen der öffentlichen Hand – allein das Land steckt heuer 121 Millionen Euro in stationäre Pflege – liegen Millionen. Um diese geht es auch im Insol-

venzfall von „Gemeinsam statt einsam“ (sieben Heime im Steirerland; siehe Info). Die für gestern angesetzte Entscheidung über den Sanierungsplan wurde auf den 18. Juni vertagt. „Die Heime werden vorerst weitergeführt“, beruhigt Masseverwalter Stefan Kohlfürst Bewohner und deren Familien. Ein Investor sei bisher nicht aufgetaucht. Aktuell wird den Gläubigern (mit anerkannten Forderungen von 7,6 Millionen Euro) eine 20-Prozent-Quote angeboten.

Was nicht offiziell ist: Im Hintergrund analysieren die Banken, vornehmlich solche unter dem Giebelkreuz, die Zukunftschancen der Heimgruppe. Außerdem soll geklärt werden, wie die Verluste derart zunehmen konnten. Fragezeichen stehen vor allem hinter zwei bis drei Millionen Euro, auf deren Spuren sich nun ein Sachverständiger heften soll. Gläubiger wünschen sich Fritz Kleiner (SK Sturm, Bawag), der

„GEMEINSAM“-CAUSA

Kreditschützer melden am 12. März die „Gemeinsam statt einsam“-Heimgruppe als insolvent. Gläubiger fordern mehr als elf Millionen Euro, anerkannt werden 7,6 Millionen Euro. Von zehn Standorten der Gruppe in Österreich bleiben neun vorerst geöffnet. Im Sog der Insolvenz muss ein Hotel zusperrn.

bereits die Pleite der Humanitas-Pflegeholding prüft. Auftrag hat er aber noch keinen.

Kein Gutachten, aber aktualisierte Zahlen zur Heimlandschaft liegen dem Land vor. Demnach gibt es 12.756 bewilligte Betten, knapp 10.500 sind belegt. Wenn jene zehn Heime, die derzeit in Bau sind, ihren Betrieb aufgenommen haben, stehen mehr als 13.100 Plätze zur Verfügung. Je nach Bewohner steuert die öffentliche Hand bis zu 70,64 Euro bei, dazu kommt die „Hotelkom-

ponente“ von 60,69 Euro am Tag. Die letzte Erhöhung war 2010.

Weil Aufwand, Löhne und Kosten sehr wohl gestiegen sind, drängen die Heimbetreiber auf höhere Entgelte. Je nach Berechnungsmodell muss die öffentliche Hand von Mehrkosten zwischen acht und zehn Millionen Euro ausgehen. Keine Kleinigkeit, wo vom Land abwärts alle zum Sparen verdammt sind. Ergo wagt ÖVP-Gesundheitslandesrätin Kristina Edlinger-Ploder nicht vorherzusagen, ob heute eine Einigung erzielt wird. Das erste Angebot über 1,5 Millionen Euro haben die Vertreter der Pflegebranche abgelehnt.

Für zusätzliche Brisanz sorgt das Pflegeheimgesetz, das Betrieben vorschreibt, ihre Infrastruktur bis Jahresende 2013 zu modernisieren. In 40 Heimen soll das noch nicht passiert sein – darunter ausgerechnet jene des Landes. Nun überlegt man, die Frist um zwei Jahre zu strecken.